

VII.

Die Lehre von den Lohnsteigerungen mit besonderer Rücksicht auf die englischen Wirthschaftslehrer.

Von

Dr. **L. Brentano** in Berlin.

„The doctrine hitherto taught by all or most economists (including myself), which denied it to be possible that trade combinations can raise wages, or which limited their operation in that respect to the somewhat earlier attainment of a rise which the competition of the market would have produced without them, — this doctrine is deprived of its scientific foundation, and must be thrown aside.“

John Stuart Mill in The Fortnightly Review, vol. V. N. S. p. 517.

Wer die heutzutage so häufigen, zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bestehenden Streitigkeiten aufmerksam bis in's Einzelne verfolgt, wird gewissen ökonomischen Erörterungen begegnen, mittelst deren den nach Lohnerhöhung verlangenden Arbeitern das angeblich Naturwidrige ihres Begehrens klar gemacht werden soll. Die Bezahlung der Arbeit, ist die gewöhnliche Argumentation, wird bestimmt durch das Verhältniss zwischen dem circulirenden Kapitale, das den Lohnfond bildet, und der Anzahl der Arbeiter, die Beschäftigung suchen, — kurz durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die Grösse des circulirenden Kapitals und die Anzahl der Arbeiter gegeben ergiebt sich mit Nothwendigkeit ein durchschnittlicher Lohnsatz. Am Betrag dieses Lohnsatzes ist es unmöglich etwas zu ändern. Höchstens kann eine Aenderung eintreten zu Gunsten einer einzelnen Klasse von Arbeitern, aber auch dann nur auf Kosten der übrigen Arbeiter. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage aber, das diesen durchschnittlichen Lohnsatz bestimmt, ist in seiner Wirkung ebenso sicher wie die Gesetze der

physischen Natur, und der diesem Gesetze entsprechende, unabänderliche Lohnsatz wird daher mit Nothwendigkeit eintreten, ganz unabhängig von dem ausdrücklichen Begehren etwa coalirender Arbeiter.

In dieser Lehre nun wird zweierlei behauptet: Einmal, es gebe zu jeder Zeit einen durchschnittlichen Lohnsatz, an dessen Betrag sich nichts ändern lasse, und diese Lehre wird nicht nur von Arbeitgeberern in ihrem persönlichen Interesse gebraucht; sie entspricht auch der wissenschaftlichen Ueberzeugung von Männern von anerkannt arbeiterfreundlicher Gesinnung, wie von Professor Fawcett und bis vor Kurzem von John Stuart Mill. Ausserdem aber wird weiter gesagt, dieser unabänderliche, den Marktverhältnissen einer jeden Zeit entsprechende Lohnsatz trete stets mit Naturnothwendigkeit ein auch ohne ausdrückliches Begehren seitens der Arbeiter. Diese letztere Lehre jedoch, so wissenschaftlich sie klingt, ist nie etwas Anderes als ein Argument der Parteilichkeit gewesen. Von eigentlichen Nationalökonomern ist sie niemals behauptet worden. Im Gegentheile, gleich in der ersten wissenschaftlichen Behandlung, welche dieser Frage seitens eines Nationalökonomens zu Theil wurde, in einem Artikel der *Edinburgh Review* von 1824, wird von M'Culloch¹⁾ ausgeführt, dass die Arbeiter bei gestiegener Nachfrage ohne ausdrückliches Verlangen nie einen höhern Lohnsatz erlangen würden, ja dass eine Arbeitseinstellung um höhern Lohn zu erlangen oder einer Lohnherabsetzung zu widerstehen, der einzige Prüfstein sei einer etwaigen Veränderung in der Lage des Arbeitsmarkts. Weiter hob später Professor Fawcett²⁾ hervor, dass ein nachdrückliches Verlangen der Arbeiter nach Lohnerhöhung das einzige Mittel sei, um diesen sofort bei jeder günstigeren Gestaltung des Markts der Arbeitsproducte Antheil an dem grössern Gewinn zu gewähren, der dem Arbeitgeber aus der gestiegenen Nachfrage nach seinen Produkten erwachse. Und hierher gehört auch die neueste Ausführung über diesen Punkt von Thornton³⁾. Allerdings, sagt er, ist es richtig, dass wenn der Geschäftsprofit über dem gewöhnlichen Satze steht, die Löhne nothwendig steigen müssen, wenn die Ursachen der Erhöhung des Geschäftsgewinns nicht bloss vorübergehender Natur sind. Allein hieraus folgt noch keineswegs, dass die Lohnerhöhung, die in dem na-

1) Siehe auch: *An essay on the circumstances which determine the rate of wages and the condition of the labouring classes.* Edinburgh 1826.

2) Zuerst in *Social Science Transactions*, 1859 pp. 635—640; dann in *Westminster Review*, July 1860.

3) Vgl. Thornton, *Die Arbeit u. s. w.* übers. von Schramm. Leipzig 1870. S. 297.

türlichen Gange der Dinge eintreten würde, so gross wäre, wie die durch eine Arbeitseinstellung erzwungene. Offenbar könnten nämlich hier die Unternehmer ohne Verlust die gesammte Differenz zwischen ihrem frühern und ihrem jetzigen Gewinne auf die Löhne schlagen, und durch eine Arbeitseinstellung könnten sie möglicherweise hierzu gezwungen werden. Würden die Arbeiter aber eine Aufbesserung ihrer Löhne nicht mit Nachdruck fordern, so würden sie ziemlich gewiss so gut wie nichts bekommen. »Sich selbst überlassen würden die Herrn sicherlich den ganzen Mehrgewinn so lange wie möglich einsäckeln, so lange nämlich, bis das neue, dem betreffenden Geschäftszweige zuströmende Kapital durch seine Concurrenz den Reingewinn herabgedrückt hätte. Diese Concurrenz würde ohne Zweifel den Lohn einigermaassen erhöhen, aber verhältnissmässig nur sehr unbedeutend. Denn eine der ersten Wirkungen des Zuflusses an Kapital würde die sein, dass er die Produktion beförderte und dadurch die Preise herabsetzte, indem er in Folge dessen gerade den Fond verminderte, aus dem allein eine Lohn-erhöhung geschöpft werden könnte. Sind aber einmal die Preise gesunken, so könnte der höchste Zuschlag auf den Lohn, welchen die Herrn alsdann zu bewilligen im Stande seien, unmöglich so gross sein wie der, welchen eine geglückte Arbeitseinstellung, bevor die Preise fielen, zu erzwingen vermocht hätte.«

Trotz dieser Ausführungen wird die Behauptung noch häufig gehört, dass auch unabhängig vom Drängen der Arbeiter der Lohn jederzeit von selbst der herrschende werde, welcher dem Verhältniss von Angebot und Nachfrage entspreche, und dass demnach ein Verlangen nach Lohnerhöhung seitens der Arbeiter im besten Falle unnöthig wäre. Allein die obigen Ausführungen genügen, um auch denen, welche an einem kraft Naturgesetzes unabänderlichen durchschnittlichen Lohnsatz festhalten, zu zeigen, dass eine Nachhilfe seitens der Arbeiter, um dem Naturgesetz Geltung zu schaffen, keineswegs unnöthig sei. Ich begnüge mich deshalb mit Anführung dieser Widerlegungen jener Meinung, um so mehr, da ich das Bestehen eines unabänderlichen Lohnsatzes überhaupt bestreite; und besteht keine derartige Unabänderlichkeit, so ist klar, dass auch das Bestreben der Arbeiter ihren Lohnsatz zu steigern nicht nothwendig fehlschlagen muss. Die Frage also, die ich zu untersuchen beabsichtige, ist die: Besteht unter den Verhältnissen eines gegebenen Augenblicks nur ein möglicher durchschnittlicher Lohnsatz, oder steht dieser Lohnsatz unter dem Einflusse des Willens der Contrahenten?

Die gegnerische Theorie von der Unmöglichkeit einer Steigerung des durchschnittlichen Lohnsatzes beruht auf der Lehre des sogenannten Lohnfonds. »Es wird angenommen, in jeglichem bestimmten Augenblicke gebe es eine Summe von Reichthum, welche bedingungslos auf die Zahlung von Arbeitslöhnen verwendet werde. Diese Summe wird nicht als unveränderlich betrachtet, denn sie wird vermehrt durch Sparen und wächst mit dem Wachsen des Reichthums; allein in der Argumentation wird sie als ein zu jedem gegebenen Augenblicke vorherbestimmter feststehender Betrag gedacht. Mehr als diesen Betrag, wird angenommen, kann die lohnerhaltende Klasse unmöglich unter sich theilen: diesen Betrag und nicht weniger muss sie nothwendig erhalten. So dass, da die zu theilende Summe bestimmt ist, der Lohn eines Jeden lediglich von dem Divisor, d. h. der Zahl der Theilenden abhängt. In dieser Lehre wird implicite behauptet, dass die Nachfrage nach Arbeit nicht nur mit deren Wohlfeilheit wachse, sondern auch dass sie in genauem Verhältniss zu dieser Zunahme wachse, und dass so dieselbe Gesamtsumme für Arbeit gezahlt werde, was immer deren Preis sein möge.« Dies ist der Inhalt jener Lehre in den eigenen Worten Mill's⁴⁾.

Gewiss nun ist es unzweifelhaft, dass sobald der Dividend feststeht der Quotient lediglich abhängt von der Grösse des Divisors. Allein handelte es sich im wirklichen Leben darum, den in einem gegebenen Augenblicke möglichen Durchschnittslohn zu ermitteln, so würde jedenfalls von vornherein nur der Divisor als sicher feststehend erscheinen: denn in der Wirklichkeit ist nur die Anzahl der Arbeiter bekannt oder leicht zu ermitteln. Die Frage nach der Grösse des Quotients ergäbe also zunächst stets eine Frage nach der Grösse des Dividends. Es wäre demnach nöthig bei solcher Untersuchung von den umgekehrten Voraussetzungen wie die Anhänger jener Lehre auszugehen, und dem entsprechend nehme ich im Folgenden eine Arbeiterbevölkerung an, die einen Lohn erhält, der sie in Stand setzt, ihre Lebensbedürfnisse ihrem Stande gemäss reichlich zu befriedigen; dabei will ich ferner ein Zunahmeverhältniss der Bevölkerung annehmen, das Schritt hält mit der Zunahme des Reichthums eines Landes; ich nehme also die Arbeiterbevölkerung als etwas Gegebenes an und frage: Ist die Summe, welche auf die Löhnung derselben verausgabt wird, nothwendig eine feststehende? Ist es möglich, dass diese Summe gesteigert werde oder nicht? Welches ist überhaupt die Quelle, aus der

4) *The Fortnightly Review*, vol. V. N. S. p. 515.

die Löhne bezahlt werden, und wodurch wird ihre Grösse bestimmt? Es ist dies eine der elementarsten Fragen der Nationalökonomie. »Allein«, wie Mill mit Recht sagt ⁵⁾, »es ist kein Wunder, dass die Nationalökonomie nur langsame Fortschritte macht, so lange eine Frage wie die vorliegende an ihrer Schwelle noch offen bleibt.« Trotzdem dass Mill hierauf sich in langer Untersuchung bemüht, die Frage zu beantworten, hat er sie, an jener Stelle, wie mir scheint, noch keineswegs befriedigend gelöst. Die Wichtigkeit dieser Frage und die über sie noch herrschende Unentschiedenheit also werden entschuldigen, wenn ich für einen Augenblick selbst auf ganz elementare Erörterungen zurückkommen muss. Dabei will ich diese Erörterungen jedoch an die Anschauungen der verschiedenen ältern Wirthschaftslehrer anknüpfen, und es wird sich so zugleich zeigen, wie sich die Lehre vom Lohnfond allmählich bei den englischen Nationalökonomien entwickelte.

»Im Produkte der Arbeit«, sagt Adam Smith ⁶⁾, »besteht ihr natürlicher Lohn«. Dabei hat er als den ursprünglichen Zustand, in welchem dem Arbeiter dieser natürliche Lohn zu Theil wird, hypothetische Verhältnisse vor Augen, in denen es weder Grundeigenthum giebt noch auch Kapitalisten. Hier gehört das gesammte Ergebniss der Arbeit ohne irgend welche Abzüge dem Arbeiter. In diesem Ergebnisse besteht sein Einkommen. Die Summe der Produkte sämmtlicher Arbeiter bildet das Gesamteinkommen; und wenn man unter solchen Verhältnissen von Lohn sprechen will, so ist der Gesamtbetrag der Löhne, den Voraussetzungen nach, nothwendig identisch mit diesem Landeseinkommen.

Hieran wird auch nichts geändert, wenn man sich denkt, statt dass jeder Arbeiter seinen Gesamtbedarf an Gütern selbst produciren, bestehe Arbeitstheilung in diesem hypothetischen Zustande und Austausch der verschiedenen Arbeitsprodukte gegen einander. Auch hier ist die Belohnung, welche der Arbeiter für seine Arbeit erhält, zunächst von dem Ergebnisse derselben bedingt, dann aber von dem Ergebnisse der übrigen Arbeiter und von dem Maasse, in dem diese ihre Arbeitsprodukte gegen das seine auszutauschen geneigt sind. Ganz einerlei, wie nun der Austausch die Produkte der einzelnen Arbeiter unter diese vertheilen mag, die Quelle, aus der die Arbeit gelohnt wird, ist unverändert: sie bleibt immer die Gesamtheit des Neuproducirten; und sobald man, wie Smith bei dem angeführten Ausspruch, hypothetische

5) Political Economy, I. 5. §. 9.

6) Wealth of Nations. I. ch. 8.

Verhältnisse vor Augen hat, in denen es weder Grundeigenthümer giebt noch auch Kapitalisten, sobald also sämtliche Bewohner eines Landes als Arbeiter gedacht werden, ist klar, dass der Gesamtbetrag des Lohns sämtlicher Arbeiter in dem Gesamtergebnisse ihrer Arbeit, dem Gesamteinkommen des Landes besteht.

In der Wirklichkeit aber müssen die Arbeiter einen Theil dieses Gesamteinkommens des Landes an die Grundeigenthümer als Bodenrente ablassen. Ferner bedarf der Arbeiter als Regel, dass ihm während der Dauer seiner Arbeit sein Lebensunterhalt aus vorhandenen Produkten früherer Arbeit vorgeschossen werde, und diesen Vorschuss leistet ihm der Kapitalist. Hierdurch könnte möglicher Weise eine Modification entstehen in der Quelle, aus der die Arbeit gelohnt wird. In jenem hypothetischen Zustande vertauscht der Arbeiter das Produkt seiner Arbeit, d. h. sein ursprüngliches Einkommen, direct gegen das Einkommen Anderer, und es ist sonach evident, dass das Einkommen Anderer der Fond ist, woraus er für seine Arbeit gelohnt wird. Nun aber sehen wir, dass der Arbeiter bezahlt wird aus dem Kapital des Kapitalisten. Es fragt sich also, welches ist nun der Fond, aus dem die Arbeit bezahlt wird; ist er nicht mehr das Einkommen der Consumenten, sondern das Kapital, oder hat sich trotz des Vorschusses des Kapitalisten an diesem Fond nichts geändert? Diese Frage ist der Kern der ganzen Lehre vom Lohne, und von ihrer richtigen Beantwortung hängt ab, ob die Frage nach der Möglichkeit von Lohnsteigerungen richtig gelöst wird.

Die richtige Antwort auf diese Frage liegt schon verschiedenen Ausführungen Hermann's in der ersten Auflage⁷⁾ seiner staatswirthschaftlichen Untersuchungen zu Grunde, und ausdrücklicher noch hat er sie in der zweiten Auflage in der Lehre vom Lohne⁸⁾ gegeben. Es giebt, ist seine Argumentation, keine Arbeit, deren Leistung nicht als Dienst oder als Element eines Produkts an einen letzten Consumenten gelangt, der sie auf sein eigenes Bedürfniss verwendet. Alle Arbeit für den Arbeitsaccordanten oder den Unternehmer, der Produkte auf den Verkauf fertigt, ist bloss Arbeit für diesen letzten Consumenten. Der Unternehmer giebt aus seinem Kapitale dem Arbeiter allerdings schrittweise seinen Unterhalt im Verhältniss, in dem dieser seine Arbeit leistet, und wird dafür Eigenthümer des Arbeitsprodukts. In der

7) Vgl. B. Hermann's Staatswirthschaftliche Untersuchungen, 1832. S. 232. No. 4.

8) Dasselbe 2. Aufl. 1870. S. 473—478.

That giebt er aber sein Kapital gar nicht weg, sondern formt es durch Umtausch bloss um, so dass es bald die Summe der Tauschgüter begreift, welche der Arbeiter als Lohn erhält, bald die Arbeit selbst, etwa fixirt an einem an sich werthlosen Stoffe. Allein er lässt es nicht dauernd in dieser letztern Form. Er kauft die Arbeit nur, um sie später im Produkt denen anzubieten, welche sie isolirt nicht bedürfen. Er setzt seine Tauschwerthe in die Form von Arbeitsprodukten um, nur um sie an den Consumenten gegen andere Werthformen abermals zu vertauschen. Der wahre Gegenwerth der Arbeit liegt also nicht im Kapitale, sondern in dem, was die Consumenten entgegenbieten. Das, was ein wirthschaftlicher Consument bieten kann, ist aber nur sein eigenes Einkommen. Aus ihm wird der Arbeiter gelohnt. Das Kapital vermittelt nur den Austausch der Leistungen der Arbeiter gegen dieses Einkommen; es ist, wie Hermann es treffend bezeichnet, nur ein Frachtmittel, dienend zur Ueberlieferung begehrter Güter von einer Person zur andern.

In Bezug auf den Fond, aus dem die Arbeit bezahlt wird, besteht demnach keine Verschiedenheit zwischen der Wirklichkeit und jenem hypothetischen Zustande. Hier wie dort ist es der Consument, welcher sein Einkommen gegen die Arbeit des Arbeiters austauscht. Hier wie dort ist jener Fond das Gesamteinkommen des Landes. Was nun die Theile dieses Einkommens angeht, welche die Arbeiter, wie schon erwähnt, in der Wirklichkeit an Grundeigenthümer und Kapitalisten ablassen müssen, so brauchen wir uns mit den Bestimmungsgründen des Antheils des Grundeigenthümers, der Rente, hier nicht zu befassen. Dieselben haben hier für uns kein Interesse, denn die Rente hängt nicht ab von irgend einem Verhältniss des Grundeigenthümers zum Arbeiter; sie unterliegt der Abmachung zwischen Grundeigenthümer und Unternehmer, und wird durch die Differenz von fruchtbaren und günstiger gelegenen zu minder begünstigten Grundstücken bestimmt. Was uns hier interessirt ist vielmehr die Vertheilung des Landeseinkommens nach Abzug der Bodenrente unter Unternehmer und Arbeiter, und hat man da eine gegebene Grösse im Auge und fragt, wie viel davon dem Unternehmer, wie viel dem Arbeiter zufallen werde, so ist offenbar Ricardo's Lehre richtig, dass Gewinn und Lohn sich gegenseitig bedingen: denn je grösser der Antheil der Arbeiter sein wird, desto geringer wird der der Kapitalisten und umgekehrt.

Für den Betrag des Antheils der Arbeiter nun zeigt sich von vornherein ein allgemeiner Anhaltspunkt. Es besteht nämlich eine selbstverständliche Grösse, die er nicht übersteigen kann: mag der Theil des

Landeseinkommens, der unter Unternehmer und Arbeiter vertheilt werden soll, noch so gross sein, so lange die Arbeiter nichts weiter erhalten als die Abfindung, welche ihnen die Unternehmer während der Dauer der Arbeit bezahlen, kann ihr Lohn offenbar nicht mehr betragen als die Gesamtmenge von Produkten früherer Arbeit, die zur Zeit der Produktion vorhanden ist. Zu diesem Gesamtvorrath der Produkte früherer Arbeit gehört aber eine Menge fixer Kapitalien; ferner gehört dazu auch alles was die übrigen Klassen der menschlichen Gesellschaft ausser den Arbeitern bis zur Herstellung der neuen Produkte verzehren. Ist damit also auch die äusserste Grenze des Betrags sämmtlicher Löhne gegeben, so ist doch noch keineswegs damit gesagt, dass die Löhne nothwendig so viel oder wie viel überhaupt sie betragen.

Bei Behandlung der Frage nun, wie viel überhaupt die Löhne betragen, unterscheidet Ricardo zwischen dem natürlichen Preis der Arbeit, der auf die Dauer für sie bezahlt werde, und ihrem Marktpreis. Da wo er untersucht, wie viel die Arbeitslöhne auf die Dauer betragen, von welchen Gründen also auf die Dauer die Vertheilung des Produkts zwischen Arbeiter und Kapitalisten bestimmt wird, geht er keineswegs aus von irgend einer im Voraus feststehenden Gesamtsumme, die auf die einzelnen Arbeiter vertheilt wird. Hier war ihm vielmehr der Lohn des einzelnen Arbeiters das Feststehende. Er betrachtete als solchen die Produktionskosten der Arbeit, d. h. den nothwendigen Lebensunterhalt des Arbeiters und seiner Familie. Die Summe der Löhne sämmtlicher zur Produktion verwendeten Arbeiter ergab ihm dann den Betrag des auf die Produktion verwendeten Kapitals und der Mehrwerth des erzielten Produkts über diesen Betrag den Gewinn.

Dies sind klare und verständliche Bestimmungsgründe der Vertheilung, mittelst deren es leicht ist, die Gesamtsumme zu ermitteln, die auf Lohnzahlung verwendet wird. Aber offenbar ist, sobald die Produktionskosten der Arbeit als den Lohn bestimmend angenommen werden, diese Gesamtsumme etwas völlig Verschiedenes von dem sog. Lohnfond, der unter allen Umständen unter die Arbeiter vertheilt wird. Ja selbst die Gesamtsumme des Lohns, die sich erst aus der Addition der Löhne sämmtlicher Arbeiter ergibt, ist, auch bei gleichbleibender Arbeiterzahl, nichts Feststehendes, da ja auch der Lohn des einzelnen Arbeiters nichts unabänderlich Vorausbestimmtes ist. Vielmehr hängt ja dieser Lohn ab, von dem, was der Arbeiter zu einer gegebenen Zeit zu seinem Unterhalt für nothwendig hält, also von etwas möglicher Weise sehr Wandelbarem, dem subjectiven Ermessen der Arbeiterklasse.

Aber die Frage, wodurch auf die Dauer die Lohnhöhe bestimmt wird, ist nicht die, welche uns hier angeht. Unsere Frage ist ob es wahr ist, dass zu jedem gegebenen Augenblicke nur ein einziger Durchschnittslohn möglich ist. Wir haben es also mit den Bestimmungsgründen des Marktpreises der Arbeit zu thun. Was aber diesen angeht, so enthält allerdings schon die Ausdrucksweise der ältern englischen Nationalökonomten den Kern oder wenigstens die Veranlassung der spätern Lohnfondtheorie. So sagt Adam Smith⁹⁾: »Die Nachfrage nach solchen, die vom Lohne leben, kann nicht zunehmen ausser im Verhältniss zur Zunahme der Fonds, die zur Lohnzahlung bestimmt sind«. Nun bezeichnet er allerdings diese Fonds als den Theil des Reichthums, der übrig bleibe nach Abzug der zur Produktion nöthigen fixen Kapitalien und der dazu erfordernten Materialien, sowie dessen, was die Unternehmer auf die Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse verwendeten. Besonders der Abzug des letztern Theils macht also diese Fonds zu einer sehr unbestimmten und veränderbaren Grösse, denn die Unternehmer können. — vielleicht gerade durch eine Lohnsteigerung seitens der Arbeiter gezwungen, — jeden Augenblick den Theil, den sie auf ihre eigenen Bedürfnisse verwenden verringern oder bei entgegengesetzten Verhältnissen vergrössern. Obwohl also Adam Smith von »Fonds« redet, »die zur Lohnzahlung bestimmt sind«, so versteht er darunter doch keineswegs im Voraus feststehende Quantitäten. Seine Ausdrucksweise aber legt die Annahme solcher unabänderlichen Vorausbestimmung nah, und ganz irreführend ist dieselbe, insofern es danach scheint, als sei auf die Höhe der in einem gegebenen Augenblicke gezahlten Löhne der Betrag irgend eines Theils des Gesamtvorraths von Produkten früherer Arbeit von Einfluss. Dies ist vollständig irrig. Dass diese Löhne nicht mehr betragen können, als überhaupt schon Produkte früherer Arbeit vorhanden sind, bedarf ja als selbstverständlich keiner besondern Betonung. Da aber auch alle übrigen Gesellschaftsklassen Antheil haben an diesen Produkten, handelt es sich immer nur darum, wie gross der Theil derselben ist, den die Arbeiter als Löhne erhalten. Und dieser Theil, weit entfernt, die Höhe der in concreto gezahlten Löhne zu bestimmen, wird vielmehr erst durch diese Höhe bestimmt. Dieselbe Einwendung ist auch gegen Ricardo's Ausdrucksweise zu machen, welcher sagt, der Marktpreis der Arbeit hänge ab vom Verhältniss zwischen Kapital und Anzahl der Arbeiter, und das Kapital definirt als »denjenigen Theil des Reich-

9) *Wealth of Nations*, I. ch. 8. Ausgabe von M'Culloch 1863 p. 31. b.

thums eines Landes, der auf die Lohnzahlung verwendet wird«¹⁰⁾. Es ist aber umgekehrt richtig, dass der Marktpreis der Arbeit und die Anzahl der Arbeiter den auf die Produktion verwendeten Theil des Reichthums eines Landes bestimmt.

Wie Smith und Ricardo lehrt Ricardo's Schüler M'Culloch¹¹⁾: der Lohnsatz hänge in einem bestimmten Lande zu einer gegebenen Zeit von der Grösse des Fonds oder Kapitals ab, das zur Bezahlung von Löhnen bestimmt sei. Dann aber definirt er weiter den »Fond, aus dem der ganze Lohn gezahlt werden müsse« als denjenigen »Theil des Kapitals, der aus den Lebensmitteln, den Kleidern und den übrigen den Arbeitern nöthigen Dingen besteht«, und offenbar glaubt er durch diese Definition einen festen Anhaltspunkt für die Ermittlung einer fixen Gesamtgrösse gegeben zu haben, von der ausgehend sich der Lohn des einzelnen Arbeiters feststellen lasse, denn er argumentirt weiter als ob dieser Fond dividirt durch die Anzahl der Arbeiter den höchst möglichen Durchschnittslohn gäbe. Allein das Feststehen auch des so definirten Fonds ist doch nur Schein. Es giebt ebensowenig eine abgegrenzte Quantität von Lebensmitteln, Kleidern und den übrigen den Arbeitern nöthigen Dingen, welche unter die Arbeiter vertheilt wird, als es ein abgegrenztes Quantum von Tauschwerthen giebt, das sie — nicht mehr und nicht weniger — als Lohn erhalten können. Die Arbeiter werden überhaupt nicht in Lebensmitteln Kleidern u. s. w. gelohnt, sondern in Tauschwerthen. Haben sie ein Quantum von Tauschwerthen, so finden sich auch die Dinge, auf deren Anschaffung dieselben verwendet werden, entweder indem ein grösseres Quantum von Arbeiterconsumtibilien aus andern Ländern herbeigezogen werden, oder durch qualitative Erweiterung des Arbeiterconsums. Besonders an die Möglichkeit der letztern scheint aber M'Culloch hier gar nicht zu denken; vielmehr scheint er anzunehmen, dass der Theil des Kapitals der aus den Lebensmitteln, den Kleidern und den übrigen den Arbeitern nöthigen Dingen bestehe in einem fixen Verhältniss zum übrigen Landeskapi tal stehe. Er giebt wenigstens nirgends an, wodurch dessen Grösse bestimmt werde, und sagt regelmässig ganz allgemein, der Lohn hänge ab vom Verhältniss der Bevölkerung zum Kapitale des Landes.

Diesen Mangel einer tiefern Begründung der Grösse dieses Lohnfonds hat Senior zu ersetzen gesucht, von dem die Lohnfondtheorie überhaupt recht eigentlich erst in die Nationalökonomie eingeführt ward.

10) Ricardo's Works. Ed. by M'Culloch. 1852. p. 51.

11) M'Culloch's Principles of Pol. Economy. 2nd. ed. 1830. p. 378.

In seinen Vorlesungen über den Lohnsatz¹²⁾, hebt er zuerst ganz richtig hervor, dass nicht das ganze Kapital eines Landes auf Löhnung der Arbeiter verwendet werde. Das Kapital eines Landes schliesse nämlich viele Dinge in sich, welche nicht von den Arbeitern gebraucht würden, wie die Luxusgegenstände der Reichen. Eine Vermehrung oder Verminderung dieser Dinge könne aber direct nie den Lohnsatz beeinflussen. Dies sei nur möglich durch Mehrung oder Minderung des Lohnfonds. Dieser Lohnfond bestehe in der Summe der Güter, welche während eines Jahres auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung eines Landes verwendet werden, und diese Summe dividirt durch die Zahl der Arbeiter ergäbe dann den auf jeden Einzelnen im Durchschnitt fallenden Lohn. Soweit also stimmt Senior so ziemlich mit M'Culloch überein. Nun aber sucht Senior nach einer rationalen Bestimmung der Höhe dieses Lohnfonds. Diese Höhe, sagt er, hängt ab vom Verhältniss der Zahl der Arbeiter, welche Güter produciren, die zur Befriedigung von Arbeiterbedürfnissen dienen, zur Zahl der Arbeiter, welche Güter für die Bedürfnisse der Kapitalisten produciren, denn das Produkt der erstern Arbeiter kommt unter die Gesamtzahl der Arbeiter zur Vertheilung. Mit andern Worten also hängt die Höhe des Lohnfonds ab von dem Verhältniss, in dem die Gesamtproduktion eines Landes zwischen Arbeiter und Kapitalisten vertheilt wird. Dies Verhältniss aber hängt nach Senior ab vom Gewinnsatze. Der Gewinnsatz aber hängt ab vom Mehrbetrag des Produkts des schlechtesten Grundstücks über die Kosten der auf seine Bebauung verwendeten Arbeit. Der Lohnfond also hängt ab von diesem Mehrbetrag.

Allein danach müssen offenbar, um zur Ermittlung dieses Mehrbetrags zu gelangen vorher die Kosten der auf seine Herstellung verwendeten Arbeit, d. h. eben der Lohnsatz, um dessen Ermittlung es sich handelt, bekannt sein. Die ganze Argumentation bewegt sich demnach in einem *circulus vitiosus*. Der Lohnsatz, heisst es, wird bestimmt durch den Lohnfond, und dann wieder wird dieser Lohnfond bestimmt durch den Lohnsatz. Das zu Findende wird als gefunden vorausgesetzt, um erst das, was bekannt sein und feststehen sollte, zu finden. Der Lohn des einzelnen Arbeiters ist auch hier der Ausgangspunkt. Durch seinen Betrag wird der Gewinnsatz, d. h. die Vertheilung des Produkts zwischen Arbeiter und Kapitalist bestimmt. Von dieser Ver-

12) N. W. Senior, *Three Lectures on the rate of wages*, 1830. Siehe auch dessen *Political Economy*, 5. ed. London 1865. p. 154, 180 — 200.

theilung des Produkts, d. h. von der Vertheilung des Landeseinkommens zwischen Kapitalist und Arbeiter oder mit andern Worten von der Vertheilung der Kauffähigkeit unter dieselben, hängt auch ab das Verhältniss der Nachfrage nach Verbrauchsgütern der Kapitalisten zur Nachfrage nach Befriedigungsmitteln von Arbeiterbedürfnissen, also auch das Verhältniss der Gesamtzahl der Arbeiter zur Zahl der Arbeiter, welche die letztern Güter produciren, also auch das Verhältniss der Produktion von Verbrauchsgütern der Kapitalisten zur Produktion von Verbrauchsgütern der Arbeiter, und will man schliesslich die Summe von Gütern, welche die einzelnen Arbeiter eines Landes als Lohn erhielten, den Lohnfond dieses Landes nennen, so bestimmt offenbar der Lohnsatz auch diesen Lohnfond. Senior's ganze Ausführung ist demnach richtig, sobald man sie umkehrt.

Gebraucht man aber das Wort Lohnfond in dieser Weise, so ist es offenbar eine blossе Abstraction ohne selbständigen Inhalt; es bedeutet nur die Summe der im Einzelnen gezahlten Löhne, und weit entfernt deren Betrag zu bestimmen wird sie durch deren Betrag erst bestimmt. Nicht dieses jedoch ist der Sinn, in dem der bedeutendste der neuern Vertreter der Lohnfondtheorie, John Stuart Mill in den sechs Auflagen seiner Nationalökonomie das Wort gebraucht. Ihm wie seinen Vorgängern ist die Abstraction zur selbständigen Wesenheit geworden, und wie bei ihnen äussert der durch die Einbildung beseelte Begriff in den Augen des Gläubigen vollständig selbständige Wirkung. Ich habe Mill's Lehre oben schon in seinen eigenen Worten angeführt. Dieselbe geht dahin, dass es in jedem Augenblicke eine feststehende Summe von Reichthum gebe, welche bedingungslos auf die Zahlung von Arbeitslöhnen verwendet werde, was immer der Preis der Arbeit sein möge, und »da der Lohnsatz, welcher sich als das Resultat des Wettbewerbs ergibt, diesen ganzen Lohnfond unter die gesammte Arbeiterbevölkerung vertheile, müsse eine Anzahl von Arbeitern beschäftigungslos bleiben, im Falle es Gesetzen oder der öffentlichen Meinung gelingen sollte, den Lohn über diesen Satz zu fixiren«¹³⁾.

Gäbe es nun wirklich eine derartige feststehende Summe, einen derartigen Lohnfond, so wäre ohne Zweifel von der grössten Wichtigkeit zu wissen, wodurch dessen Grösse bestimmt wird. Aber ganz verschieden von Senior's Bemühen, giebt Mill nirgends in seinem Buche Aufklärung über diese Grösse. Wir erfahren nie mehr, als dass es

13) John Stuart Mill, Principles of Pol. Ec. II. 12. §. 1. People's Edition. 1867. p 212.

einen »Theil des Vermögens eines Landes« giebt, »der für die Lohnzahlung bestimmt ist«. Dabei wissen wir, dass es vom Willen des Unternehmers abhängt, diesen Theil zu bestimmen. Diese Verfügung des Unternehmers erscheint jedoch als eine unfreiwillige, die Destination beinahe als vom Fatum abhängige Praedestination, denn nirgends hören wir von den Gründen, welche ihn bei dieser Bestimmung bewegen, und doch ist diese Bestimmung so unabänderlich, dass die einmal bestimmte Summe unter allen Umständen, ganz unabhängig von der Nachfrage nach Produkten und von der Lohnhöhe unter die Arbeiterbevölkerung zur Vertheilung kommen muss. Und ebendasselbe wie Mill, nur schroffer im Ausdruck, lehrt sein Schüler Professor Fawcett¹⁴⁾.

Wäre diese Theorie richtig, würde jeder Unternehmer Arbeiter dingen aus keinem andern Grunde, als weil er eine Summe bestimmt hat, die er unter jeder Bedingung auf Arbeit verwenden will, ganz gleichgiltig, ob die Consumenten Produkte begehren oder nicht, so wäre es ähnlich, als ob beim Fallen der Kornpreise jeder Brodconsument um so mehr Brode essen würde, als er für dieselbe Summe, die er früher auf Brode verwendete, nun mehr Brode bekommt; oder als ob beim Steigen der Kornpreise Niemand eine Aenderung in dem Verhältnisse eintreten liesse, in dem er sein Einkommen auf die Befriedigung seiner einzelnen Bedürfnisse verwendete, sondern nach wie vor eine gleiche Summe für Brode und eine gleiche für seine übrigen Verbrauchsgüter verausgabte. Ebensowenig aber wie dies der Fall ist, wird der Unternehmer, wenn bei vergrössertem Angebote von Arbeit der Lohn sinkt, nun um so viel mehr Arbeiter beschäftigen, als er für dieselbe Summe nun mehr Arbeiter wie früher zu dingen im Stande ist, wenn keine Aussicht vorhanden, dass die Nachfrage der Consumenten nach Produkten der Arbeit sich mehrt. Und ebensowenig wird er bei steigendem Lohne nicht mehr als die früher auf die Löhnung seiner Arbeiter verwendete Summe für deren Löhnung verausgaben, sobald Aussicht vorhanden ist, dass ihm die Mehrausgabe aus dem Einkommen der Consumenten ersetzt wird. Im ersten Falle, in dem bei gleichbleibender Nachfrage der Lohn sinkt, wird der Unternehmer vielmehr die Summe, die er auf Löhne verausgabte, verringern und lieber das so Ersparte selbst verzehren, als es, ohne Aussicht auf Wiederersetzung durch die Consumenten, von in der Produktion verwendeten Arbeitern verzehren zu lassen; im zweiten Falle würde der Unternehmer einen

14) *The Economic Position of the British Labourer* p. 1.

grössern Theil seines Vermögens wie bisher auf die Löhnung von Arbeitern verwenden. Es ergibt sich also, dass das, was die Grösse des Betrags bestimmt, der auf die Löhnung von Arbeitern verwendet wird, die Wahrscheinlichkeit ist, die auf Lohnzahlung verwendeten Summen aus dem Einkommen der Consumenten ersetzt zu erhalten, oder mit andern Worten, dass die Summe der gezahlten Löhne abhängig ist von der Nachfrage der Consumenten und von deren Einkommen.

Allein Mill hat sich nicht darauf beschränkt das Bestehen eines Lohnfonds zu behaupten, von dessen Betrag die Bezahlung der Arbeit bedingt sei. Er hat auch in langer Ausführung die eben ausgesprochene Lehre, dass die Nachfrage und das Einkommen der Consumenten die Summe der gezahlten Löhne bedinge zu widerlegen gesucht. »Die Nachfrage nach Waaren«, ist seine Ansicht, »bestimmt lediglich die Richtung der Arbeit und die Art des producirten Reichthums, nicht jedoch die Quantität oder Wirksamkeit der Arbeit oder die Gesamtsumme jenes Reichthums«¹⁵⁾. An einer Reihe von Beispielen sucht er die Richtigkeit dieses Satzes zu erklären. Ich will mich darauf beschränken die beiden vornehmsten derselben¹⁶⁾ zu prüfen.

Nehmen wir an, sagt Mill, es existire eine Nachfrage nach Sammt; ein Fond bereit auf den Ankauf von Sammt verwendet zu werden, jedoch kein Kapital, um die Fabrikation in's Werk zu setzen. Mag nun das Verlangen nach Sammt noch so gross sein, es wird kein Sammt hergestellt und keiner verkauft werden, es sei denn dass der Kauflustige einen Theil seines Einkommens auf die Herstellung von Sammt verwende, d. h. es sei denn, dass er einen Theil seines Einkommens in Kapital verwandle und dies Kapital in der Fabrikation anlege. Und daraus schliesst er nun, dass es auch in der Wirklichkeit nicht von der Nachfrage sondern vom Kapital abhängt, ob Arbeiter beschäftigt würden.

Dieser Schluss leidet jedoch an einer vollständig irrigen Voraussetzung. Darin zwar hat Mill Recht, dass es unmöglich sei bei noch so grosser kauffähiger Nachfrage nach einem Produkte dieses Produkt herzustellen, so lange nicht ein Vorrath von angesammelten Produkten früherer Arbeit, d. h. von Kapital, vorhanden sei, hinreichend um die in der Produktion verwendeten Arbeiter zu ernähren. Allein damit

15) *Political Economy* I. 5. §. 9. *People's Edition* p. 55. b.

16) *Ibid.* p. 50. a.

wird über die Bestimmungsgründe der Grösse der Fonds, welche bei unsern wirthschaftlichen Zuständen auf die Löhnung produktiver Arbeiter verwendet werden, gar nichts ausgesagt. Die Möglichkeit, dass trotz kauffähiger Nachfrage heutzutage ein Gut nicht producirt würde, würde voraussetzen, dass bereits sämtliche vorhandene Vorräthe von Produkten früherer Arbeit auf die Produktion verwendet worden. Dies ist jedoch bei einem Volke, das im Tauschverkehr mit andern steht, nicht leicht jemals der Fall. Denn was ist das Kapital oder die auf die Beschäftigung produktiver Arbeit verwendete Summe von Produkten früherer Arbeit? Ist sie das ganze Vermögen einer Nation oder nur ein Theil desselben? Mill selbst beantwortet uns diese Frage: Nur derjenige Theil des Vermögens, woraus immer er bestehen mag, ist Kapital, aus dem der Fond besteht zur weitem Fortführung der Produktion, und gleich nach dieser Definition lässt Mill selbst eine Ausführung folgen, dass der Unterschied zwischen Kapital und Nichtkapital lediglich in der Bestimmung liege, die der Kapitalist seinem Vermögen gebe, und dass, was immer die Form sein mag, in der sich zufällig dieses Vermögen befinde, es doch nie, wenn einmal zur Produktion bestimmt, verfehlen werde, sich in Dinge zu verwandeln, die fähig sind, zur Produktion verwendet zu werden¹⁷⁾. Fasst man den Begriff des Kapitals also in dieser Weise, dass man darunter nichts versteht als das auf die Produktion verwendete Vermögen eines Landes, so ist klar, dass jederzeit ausser diesem Theile des Landesvermögens eine Fülle von Gütern besteht, bereit, sobald sich dies lohnen würde, sich in Kapital zu verwandeln. Entstände also eine derartige kauffähige Nachfrage, wie Mill sie voraussetzt, so würde sich sofort und für so lange Zeit eine solche Menge von Tauschwerthen in Kapital verwandeln, bis das vergrösserte Angebot der gesuchten Waare so sehr den Gewinn der Kapitalisten drücken würde, dass es sich für diese wieder mehr lohnen würde, direct die Nutzungen ihrer Tauschwerthe in der Form von Nutzungen von sog. Nutzkapitalien zu geniessen, statt in der Form von Nutzungen von Produktivkapitalien. Es wäre ganz analog, wie wenn z. B. sieben Achtel eines Landes in Getreidefeldern beständen und ein Achtel in Lustgärten, und nun die kauffähige Nachfrage nach Korn in dem Maasse zunähme, dass die sieben Achtel Getreidefelder nicht mehr zu deren Befriedigung genügten. Es würden die Lustgärten alsdann in Getreidefelder verwandelt werden, entweder direct oder indem z. B. durch ihre Verpfändung an Ausländer ausländische Kapitalien ange-

17) Polit. Econ. I. 4. §. 1. People's Ed. p. 35.

zogen würden, mit deren Hülfe dann ein der gewachsenen Nachfrage entsprechendes Angebot hergestellt würde. Es ist also die Nachfrage der Producenten, welche die Grösse der Produktion und die Summe der beschäftigten Arbeiter bestimmt, und diese Nachfrage würde erst dann aufhören, diese Grössen zu bestimmen, wenn das gesammte vorhandene Nationalvermögen auf den Unterhalt produktiver Arbeit bereits verwendet wäre. Diese äusserste Grenze wäre aber erst dann erreicht, wenn durch Verpfändung des gesammten Nationalvermögens der Credit eines Landes beim Ausland erschöpft wäre. Erst dann würde die vorhandene Summe von angesammelten Produkten früherer Arbeit beginnen, für die Grösse der Beschäftigung neuer produktiver Arbeit maassgebend zu sein. Der Fehler Mill's und der übrigen Lohnfondtheoretiker ist aber der, dass sie, so richtig sie auch das Kapital definiren, doch sobald von den Bestimmungsgründen des Lohnes die Rede ist, in einen ähnlichen Irrthum wie die Currenctheoretiker verfallen, deren Lehre überhaupt ähnlich mechanistisch ist, wie die ihre. Wie diese die Menge der in Umlauf befindlichen Gold- und Silbermünzen oder die »Circulation« für identisch mit dem in einem Lande befindlichen Vorrath edlen Metalles betrachten, so halten Jene die auf Lohnzahlung in einem gegebenen Momente verausgabte Summe für identisch mit dem Vermögen eines Landes, das nur möglicher Weise direct oder als Grundlage von Credit zur Lohnzahlung verwendbar gemacht werden könne.

Ebensowenig nun wie durch dieses wird durch das zweite von Mill angenommene Beispiel seine Lehre bewiesen. Mill setzt nämlich den umgekehrten Fall, dass eine Fülle von Kapital existire bereit auf die Fabrikation von Sammt verwendet zu werden, allein es existire keine Nachfrage. Der Sammt, sagt er, wird nicht fabricirt werden. Allein das Kapital hat kein besonderes Interesse gerade Sammt herzustellen. Unternehmer und Arbeiter fabriciren nicht zum Vergnügen ihrer Kunden, sondern zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse, und da sie noch Kapital und Arbeit, die wesentlichsten Elemente der Produktion haben, so können sie entweder einen andern Gegenstand der Nachfrage produciren, oder wenn keine andre Nachfrage besteht, so haben sie doch selbst eine, und so können sie die Gegenstände produciren, die sie zu ihrer eigenen Consumption brauchen. Die Beschäftigung von Arbeit hängt also nicht ab von den Käufern sondern vom Kapitale.

Nun kann allerdings, wenn Kapital vorhanden ist, bereit produktiv verwendet zu werden, aber keine Nachfrage nach einem bestimmten Produkte, das Kapital anderweitig produktiv verwendet werden, sofern

Nachfrage nach einem andern Produkte besteht; und besteht keinerlei Nachfrage nach Produkten, ein Fall, der allerdings heute undenkbar ist, so ist auch möglich, dass der Kapitalist mittelst seines Vermögens produktive Arbeiter beschäftige zur Herstellung von Gütern seines eignen Bedarfs. Allein der Schluss, den Mill hieraus zieht, dass die Beschäftigung produktiver Arbeit von der Grösse des vorhandenen Kapitals abhängt, ist trotzdem irrig. Allerdings hängt in dem gesetzten Falle diese Beschäftigung nicht ab von den Käufern, weil überhaupt nicht verkauft wird. Wohl aber hängt sie ab von der Nachfrage nach dem Produkt produktiver Arbeit, von der Nachfrage des Consumenten und dessen Einkommen. Der Kapitalist ist eben in diesem Falle selbst Nachfragender und Consument; er ist so zu sagen selbst der Käufer seines Produkts. Und dadurch, dass er selbst sein Produkt verzehrt, wird nichts geändert an den Gründen, welche die Zahl der Arbeiter, die mit Herstellung des Produktes beschäftigt sind, und die Grösse des Fonds bestimmen, der auf ihre Löhnung verwendet wird. Diese Bestimmungsgründe sind auch hier das Einkommen der Consumenten. Der einzige Unterschied ist der, dass da der Kapitalist sein eigener Käufer ist, er sich nun selbst leisten muss, was ihm sonst fremde Käufer geleistet hätten. Wäre ein Anderer als der Kapitalist der Consument, so müsste dieser aus seinem Einkommen dem Kapitalisten das auf die Löhnung der producirenden Arbeiter verwendete Vermögen ersetzen; ohne solchen Ersatz würde die Produktion sofort aufhören; und wäre keine Aussicht auf solchen Ersatz, so würde der Kapitalist lieber gar nicht produciren. Da nun der Kapitalist sein Produkt selbst consumirt, so muss er sich selbst auf dieselbe Weise aus seinem anderweitigem Einkommen das auf die Löhnung der Arbeit verausgabte Vermögen ersetzen; thut er dies nicht, so wird er durch die Produktion ärmer statt reicher, und die Produktion hört sofort auf. In beiden Fällen also ist die Beschäftigung produktiver Arbeiter nur möglich dadurch, dass die auf ihre Löhnung verwendete Summe aus dem Einkommen bezahlt wird, in dem einen Falle aus dem Einkommen Anderer, im zweiten Falle aus anderweitigem Einkommen des Producenten, und von der Aussicht auf diese Rückerstattung der vorgeschossenen Löhnung, also von dem Einkommen des Consumenten hängt ab die Zahl der beschäftigten Arbeiter und die Grösse der auf ihre Löhnung verwendeten Fonds.

Seitdem Mill die hier bekämpften Ansichten zuletzt in der sechsten Auflage seiner Nationalökonomie vertheidigt hat, hat sich der Englän-

der Francis Longe in einer besondern Schrift¹⁸⁾ gegen seine Lehre vom Lohnfond gewendet; ebenso hat seitdem Thornton in seinem Buche über die Arbeit¹⁹⁾ den Lohnfond verworfen, und Mill in einer Kritik des Thornton'schen Buches hat selbst diese Lehre verlassen. »Der Preis der Arbeit«, sagt er daselbst²⁰⁾, »weit entfernt bestimmt zu werden durch Theilung des Ergebnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, bestimmt vielmehr diese Theilung. Der Arbeitgeber beginnt sein Unternehmen mit seinen gesammten angesammelten Mitteln, von denen sämtliche möglicher Weise Kapital sein können. Aus diesen schiesst er seine persönlichen Ausgaben und die seiner Familie vor, ebenso wie er den Lohn seiner Arbeiter vorschießt. Es giebt kein Naturgesetz, welches es an sich unmöglich macht, dass der Lohn bis zu dem Punkte steige, dass nicht nur diejenigen Fonds davon absorbiert werden, welche der Arbeitgeber ursprünglich zum Betrieb seines Geschäftes bestimmt hatte, sondern auch Alles, was er über den nothdürftigen Lebensbedarf auf sich persönlich verwendet. Die wirkliche Grenze der Lohnsteigerung ist die praktische Erwägung, wie viel ihn ruiniren oder veranlassen würde, sein Geschäft aufzugeben, nicht die unerbittliche Grenze eines Lohnfonds«. Mit diesem letzten Satze hat aber Mill nicht nur den Lohnfond selbst aufgegeben, sondern auch indirect wenigstens eingeräumt, dass es die Nachfrage der Consumen- sei, welche die Summe der gezahlten Löhne bestimmt²¹⁾. Mögen die

18) Francis D. Longe, A refutation of the wage-fund theory of modern political economy as enunciated by Mr. Mill, M. P. and Mr. Fawcett, M. P. London 1866. —

19) Deutsche Ausgabe, S. 92. —

20) The Fortnightly Review, vol. V. N. S. pp. 516, 517.

21) Mit dem Aufgeben des Lohnfonds wird auch eine Reihe andrer Lehren Mill's der Revision bedürftig, so z. B. seine Lehre, dass „wenn das durch öffentliche Anleihen aufgenommene Kapital den Fonds entzogen wird, welche in der Produktion verwendet sind oder die Bestimmung haben, darin verwendet zu werden, seine Abziehung von diesem Zwecke gleich ist einem Abzuge seines Betrags vom Lohne der arbeitenden Klassen“. (Pol. Econ. V. 7. §. 1.) Ebenso wie Mill lehrt Adolph Wagner in seinem trefflichen Aufsätze über die Staatsschulden (Bluntschli'sches Staatswörterbuch X. S. 15, 16.), eine Anleihe, welche aus heimischen Kapitalien fliesse, welche erst durch die Anleihe anderweitigen produktiven Verwendungen entzogen würden, verdiene keine Bevorzugung vor der höhern Besteuerung, da sie mehr wie diese auf die arbeitenden Klassen falle; und als Kriterium einer derartigen Anleihe bezeichnet er eine Steigerung des Zinsfusses, welchen der Staat gewähren müsse, um Anleihen zu erhalten, und das weitere Steigen des allgemeinen Zinsfusses in Folge dieser Kapitalverwendungen des Staats. Er geht dabei wie Mill von der Anschauung aus, die Höhe des Lohns hänge ab von der

Löhne nämlich noch so sehr steigen, so sieht sich der Unternehmer offenbar nicht zur Aufgabe seines Geschäftes veranlasst, so lange ihm der Consument die auf Löhnung verwendete Summe ersetzt. Diese Summe ist demnach bedingt vom Einkommen der Consumenten.

Mit diesem Aufgeben des Lohnfonds, sollte man meinen, wäre nun auch die oben gestellte Frage: besteht unter den Verhältnissen eines gegebenen Augenblicks nur ein möglicher durchschnittlicher Lohnsatz? endgültig in der Negative entschieden, da sobald die Summe nicht nothwendig feststeht, welche die Unternehmer unter eine gegebene Arbeiterzahl vertheilen, auch der Antheil nicht feststeht, der davon jedem Einzelnen zukommt. Allein die nöthige ökonomische Betrachtung der Lohnsteigerungen ist damit noch keineswegs beendet. Auch diejenigen Schriftsteller nämlich, welche wie Longe, Thornton und neuerdings auch Mill nicht aus dem Bestehen eines Lohnfonds die Unmöglichkeit ableiten, die Löhne zu steigern, schildern die ökonomischen Folgen solcher Lohnsteigerungen der Art, dass, wenn ihre Darstellung richtig wäre, die Verbesserung ihrer Theorie praktisch bedeutungslos bliebe.

»Es ist deutlich«, argumentirt Thornton²²⁾, »dass die Löhne nicht steigen können, ohne dass sich eines von zwei Dingen ergibt. Entweder müssen auch die Preise steigen, oder es muss der Geschäfts-

Grösse des umlaufenden Kapitals. Die in Frage stehende Anleihe geschehe auf Kosten des umlaufenden Kapitals. Hierdurch werde die Sachgüterproduktion vermindert. Da nun die Kapitalisten nach wie vor dasselbe Einkommen bezögen und desshalb ihre Consumption in keiner Weise beschränkten, die Sachgüterproduktion aber abnehme, müsse es nothwendig die Consumption der Arbeiter sein, welche zurückgehe. — Allein es erscheint nunmehr keineswegs richtig, dass die Sachgüterproduktion in Folge der Anleihe abnehme. Die Sachgüterproduktion wird bestimmt durch die wahrscheinliche Nachfrage und nimmt nicht ab so diese nicht abnimmt. Wird auch das bisher in ihr verwendete umlaufende Kapital aus ihr herausgezogen und in der Anleihe angelegt, so zieht doch der gestiegene Zinsfuss fremdes Kapital an, dass, wenn es sich nicht an der Anleihe betheiligt, doch jedenfalls die Production weiterbetreibt. Die ganze Anleihe hat demnach, da sie die wahrscheinliche Consumption nicht beeinflusst, keinerlei Einfluss auf die Production und die Lohnhöhe. Sie bringt Niemanden Nachtheil ausser dem Unternehmer, denn sie steigert den Zinsfuss auf Kosten des Unternehmervorgewinns, und die Unternehmer sind ausser Stande, sich dafür durch eine Herabsetzung des Lohnes schadlos zu halten, da die Nachfrage nach Arbeit in Folge der Anleihe keineswegs abnimmt, vielmehr höchst wahrscheinlich nun seitens des Staates eine neue Nachfrage nach Arbeit entsteht. Während die Anleihe das Einkommen der Arbeiter so keineswegs schmälert, würde dasselbe durch eine Besteuerung dagegen direct vermindert.

22) Deutsche Ausgabe, S. 298. Schramm hat übrigens hier einen Fehler in der Uebersetzung gemacht, der oben verbessert ist.

gewinn abnehmen. Wenn die Umstände der Art sind, dass die Preise nicht erhöht werden können, und zwar wenigstens um so viel als die Löhne gestiegen sind, dann muss der Gewinn nothwendiger Weise geringer werden; und wenn er nicht etwa vorher abnorm gestiegen war, dann muss er jetzt unter das übliche Maass hinabsinken. Ist dann die Verringerung des Reingewinns nicht in sämtlichen Geschäftszweigen eingetreten, sondern hat sich auf einen einzelnen Zweig beschränkt, so wird entweder ein Theil des Kapitals von dem einen Zweig auf andere übertragen werden, in denen der gewöhnliche Geschäftsprofit sich noch erzielen lässt, oder der betreffende Industriezweig wird sich ganz oder zum Theil nach andern Orten übertragen.«

Demnach hätte man bei Erwägung der Folgen von Lohnsteigerungen also stets zu unterscheiden, ob die Lohnerhöhung in sämtlichen Gewerben oder nur in einzelnen stattfand. Fand sie in allen Gewerben und zwar in allen gleichzeitig und gleichmässig statt, so lehrt Thornton²³⁾, und noch schärfer wie dieser hebt Mill dies hervor²⁴⁾, dass die nothwendige Folge ein Sinken des Gewinnes sei. Eine allgemeine Erhöhung des Lohnes könne nämlich den Arbeitgebern nicht durch eine allgemeine Preiserhöhung ersetzt werden; eine allgemeine Preiserhöhung könne nämlich nicht stattfinden, es sei denn, dass mehr Geld verausgabt werde, und eine Steigerung der Löhne verursache keine grössere Verausgabung von Geld. Allein diese Lehre erscheint mir keineswegs richtig; vielmehr scheint mir, dass ein allgemeines Steigen des Lohnes dieselben Folgen haben würde, wie eine Lohnsteigerung in einzelnen Gewerben. In den Gewerben, welche ein gewisses Monopol besitzen, und deren Produkte den nothwendigen Lebensbedürfnissen dienen, würde die Lohnsteigerung auf die Preise abgewälzt. Die Nachfrage nach entbehrlicheren Gütern würde abnehmen, dagegen die Nachfrage nach weniger entbehrlichen Verbrauchsgütern seitens der höher gelohnten Arbeiter wachsen, und diese Nachfrage würde alsdann die Arbeiter, welche vorher die entbehrlichen Güter herstellten, beschäftigen. Die weitem Ausführungen über die Folgen von Lohnsteigerungen in einzelnen Gewerben, werden diese Wirkungen noch weiter beleuchten. Hier sei nur noch bemerkt, dass die ganze Frage praktisch irrelevant ist, denn das Eintreten einer gleichzeitigen und gleichmässigen Lohnsteigerung in allen Gewerben ist in der Wirklichkeit gar nicht denkbar.

23) Ibid. S. 313.

24) The Fortnightly Review, vol. V. N. S. p. 793 ff.

Was Lohnsteigerungen in einzelnen Geschäftszweigen angeht, so lehrt Thornton²⁵⁾, dass dieselben nur dann auf Kosten des Gewinns stattfinden können, wenn das betreffende Gewerbe in so grossem Maassstabe betrieben werde, dass darin trotz eines niedrigeren Procentsatzes ein grösserer Gewinn zu erzielen sei, als in andern Gewerben bei einem hohen Procentsatz. In allen übrigen Fällen dagegen sei eine Lohnsteigerung nur möglich, insofern eine Preissteigerung der Arbeitsprodukte möglich sei, und Thornton²⁶⁾ führt vier Fälle solcher Möglichkeit auf.

Einmal, es wächst der Reichtum eines Landes oder die Anzahl der Kunden und in Folge dessen die Nachfrage nach den Produkten eines Gewerbes. Hier ist es möglich die Kunden zum Ersatz der durch die Lohnsteigerung verursachten grössern Produktionskosten zu zwingen.

Oder zweitens, es findet weder ein Wachsen des Reichthums statt noch eine Vermehrung der Anzahl der Kunden, allein das Gewerbe besitzt eine Art von lokalem Monopol. Hierher gehören alle Gewerbe, deren Erzeugnisse die Kunden sich viel bequemer in der Nähe als aus der Ferne verschaffen, deren Erzeugnisse zu den ersten Lebensbedürfnissen gehören. Dies sind z. B. die Baugewerbe, das Bäcker- und Fleischgewerbe, vorwiegend wohl auch das Schneidergewerbe, viel weniger schon die Schuhmacherei, und vornehmlich alle Gewerbe, die weniger fertige Produkte als vielmehr Dienstleistungen anbieten, wie z. B. die Schornsteinfeger, alle die Reparaturarbeiter, Schlosser, Schmiede u. s. w. Versuchen hier die Arbeiter ihre Löhne zu steigern, so ist es möglich, dass sie auch bei mässiger Handelsthätigkeit eine dauernde Lohnerhöhung erringen. Es ist den Unternehmern hier nämlich möglich entsprechend den gestiegenen Löhnen die Preise zu steigern und so die Consumenten zu zwingen, aus ihrem Einkommen den Arbeitern die grössern Löhne zu zahlen. Dabei sind die Produkte dieser Gewerbe zur Befriedigung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse so sehr erfordert, dass die Consumenten lieber als auf diese Produkte zu verzichten, die höhern Preise bezahlen.

Eine gleiche Abwälzung der durch die Lohnsteigerung bewirkten grössern Produktionskosten wird drittens den Unternehmern in den Gewerben möglich, die zwar der Concurrenz anderer Landestheile ausgesetzt sind, die jedoch ein bedeutendes Uebergewicht gegen die Gewerbe des Auslands behaupten. Beinahe jedes Land besitzt vor den

25) Deutsche Ausgabe S. 317.

26) Ibidem.

meisten andern einen Vorzug, der ihm die Produktion gewisser Waaren besonders erleichtert. Thornton rechnet zu diesen Gewerben in England alle jene, welche aus Sheffield, Birmingham, Leeds, Manchester, Glasgow, Newcastle und einer Reihe von andern Städten die ersten Sitze der Industrie gemacht. In allen solchen Industrien könnten die Unternehmer sich durch eine Preissteigerung für jede Aufbesserung der Löhne schadlos halten, die nicht so gross wäre, dass dadurch die einheimischen Preise die Höhe der ausländischen erreichten.

Endlich ist viertens noch eine Lohnsteigerung auf Kosten der Consumenten möglich, zwar ohne Steigerung, vielleicht sogar bei einer beträchtlichen Herabsetzung der Preise, wenn in einem Gewerbe in Folge von verbesserten Maschinen und Arbeitsprocessen die Produktion billiger werden würde, wenn nicht eben die Lohnerhöhung deren Sinken verhinderte.

Soweit nun scheint mir Thornton vollständig im Recht. Nun aber sagt er weiter²⁷⁾, und Mill²⁸⁾ stimmt ihm hierin bei: Wenn zu einer Zeit, in welcher der Nationalreichtum und die Nachfrage nach Produkten nicht wachsen, in den Gewerben, welche eine Art Monopol geniessen, von den Arbeitern eine Lohnerhöhung erzielt wird, so geht der gesammte Gewinn, welcher den Arbeitern durch den Zuschlag auf ihre Löhne erwächst der Gesammtheit der Arbeiterklasse verloren, in deren Taschen das, was die Consumenten mehr bezahlt haben, geflossen wäre, wenn jene Arbeiter diesen Betrag nicht unterwegs in die ihrigen abgelenkt hätten. »Denn in einer Zeit, in welcher der Nationalreichtum sich nicht vermehrt, ist die Summe Geldes, welche das Publikum auf den Einkauf von Waaren und Produkten aller Art zu verwenden hat, ein fester und bestimmter Betrag, so dass, je mehr für eine Art von Erzeugnissen gezahlt werden muss, desto weniger für alle andern Arten übrig bleibt. Je mehr z. B. die Kunden den Baumeistern zu zahlen haben, desto weniger bliebe ihnen für alle übrigen Unternehmungen. In demselben Maasse, wie sie die Ersteren in Stand setzten höhere Löhne zu zahlen, setzten sie die Arbeitsherrn, denen sie jetzt weniger zu thun geben, ausser Stand, auch nur die Löhne zu zahlen, die sie zu zahlen gewohnt waren. Gerade so viel wie die Bauarbeiter gewannen, mussten also alle andern Arbeiter verlieren.«

Selbst dann aber, sagt Thornton²⁹⁾ weiter, wenn in einem Lande der Handel in steigender Entwicklung begriffen ist, ist eine Lohner-

27) Deutsche Ausgabe S. 321, 322.

28) The Fortnightly Review vol. V. N. S. p. 694.

29) Deutsche Ausg. S. 324.

höhung in irgend einem besondern Gewerke unmöglich, ohne dass sie die Nachfrage nach den Erzeugnissen andrer Gewerke um den Aufschwung bringt, den diese sonst genommen haben würde, oder ohne dass sie in gleichem Maasse die Nachfrage nach Arbeitskräften in jenen andern Gewerken benachtheiligt.

Dies heisst mit andern Worten nichts Anderes als: in all' den vier Fällen, in denen es möglich ist, die Consumenten zu zwingen, die Kosten einer Lohnerhöhung zu tragen, findet diese Lohnerhöhung statt auf Kosten der Arbeiter der übrigen Gewerbe. Es ist dies in der That eine neue Lohnfondtheorie. Bei dieser neuen, begegnen wir wie bei der alten einem festen Betrag, der jeder Lohnerhöhung im Wege steht, nur ist es jetzt ein feststehender Betrag von Einkommen, den das Publikum auf den Einkauf von Waaren und Produkten aller Art verwendet, und früher war es ein feststehender Betrag von Kapital, der unter die Arbeiter zur Vertheilung kam. In der Wirkung sind aber beide Lehren identisch. Nach der neuen wie nach der alten ist keine Lohnerhöhung in einem Gewerbe möglich, ohne dass der Lohn in einem andern Gewerbe um so viel sinken muss, um wie viel er in dem ersten gestiegen war.

Setzen wir nun einen Augenblick den Fall, diese Lehre wäre wirklich richtig, so sehe ich doch noch nicht ein, dass den Arbeitern eines Gewerbes deshalb von nationalökonomischer Seite, wie es von Mill geschieht³⁰⁾, zugemuthet werden könnte, auf die Benutzung günstiger Gelegenheiten zu Lohnerhöhungen zu verzichten. Die Nationalökonomie setzt alle Menschen voraus als in einem ständigen Wettbewerbe begriffen, um einen möglichst grossen Antheil an dem Gesamteinkommen der Nation an sich zu reissen. Je grösser der Antheil ist, den der Eine erhält, desto weniger bleibt hier nothwendig einem Andern. So wenig die Nationalökonomie aber einem Unternehmer die Zumuthung macht, einen Gewinn, den er zu behaupten in der Lage ist, aufzugeben, bloss weil je grösser sein Gewinn desto geringer das Einkommen Anderer und darunter auch das seiner Arbeiter ist, ebensowenig kann sie den Arbeitern eines Gewerbes die Zumuthung machen, auf ihren hohen Lohn zu Gunsten der Arbeiter andrer Gewerbe zu verzichten. Macht sie ja doch häufig den Arbeitern gerade den umgekehrten Vorwurf! Sehr häufig wirft sie ihnen als grosse Anmassung und Ungerechtigkeit vor, dass sie Gleichheit der Löhne erstrebten für Alle. Wenn es aber richtig ist, dass jeder einzelne Arbeiter bestrebt sein soll, einen mög-

30) *The Fortnightly Review*, vol. V. N. 8. p. 695.

lichst grossen Antheil am Nationaleinkommen an sich zu reisen, kann es unmöglich unrichtig sein, wenn sämtliche Arbeiter eines Gewerbes von diesem Streben erfüllt sind. Dass sonst stets so individualistische Nationalökonomen hier von den Arbeitern Rücksichten auf ihre ganze Klasse fordern, ist übrigens ein Zeichen, welches auch bei ihrer Behandlung andrer die Arbeiter berührenden Fragen wiederkehrt, dass auch ihnen die Wahrheit nothwendig sich aufdrängt, dass alle wirklichen Bestrebungen der Besserung der Lage der Arbeiter eine andre als eine rein individualistische Behandlung ihrer Interessen erfordern.

Aber wir können absehen von dem was recht wäre, wenn diese neue Lohnfondtheorie richtig wäre, denn dieselbe ist ebensowenig zutreffend wie die alte. Es ist nämlich ein Punkt, der eigentlich auf flacher Hand liegt, den aber Thornton und Mill in ihrem Raisonement übersehen. Allerdings ist richtig, dass einem Consumenten, je mehr er für eine Art von Erzeugnissen zahlen muss, desto weniger für alle andern Arten übrig bleibt. Allein völlig irrig ist, hieraus zu schliessen, dass bei einer Preissteigerung die durch eine Lohnerhöhung hervorgerufen wurde, eine Abnahme im Gesamtbegehre nach andern Waaren hervorgerufen werde. Es findet in Folge einer derartigen Preissteigerung nur eine Aenderung in der Person des Nachfragenden statt; es findet dieser Aenderung entsprechend auch eine Aenderung in der Art der begehrten Produkte statt; die Grösse der Nachfrage nach Produkten bleibt aber gänzlich dieselbe.

Der Punkt, den Thornton und Mill übersahen, ist nämlich der, dass um dieselbe Grösse, um die das Einkommen der Consumenten in Folge der Lohnerhöhung abnimmt, das Einkommen der Arbeiter, deren Lohn erhöht worden ist, steigt. Diese Arbeiter aber sind gleichfalls Consumenten nur vielleicht von andern Erzeugnissen. Sinkt also die Nachfrage der Consumenten nach Produkten, in Folge von der Vertheuerung einzelner Waaren, so wächst die Nachfrage der Arbeiter nach Produkten in demselben Maasse, indem die Nachfrage jener gesunken ist. Der Gesamtbetrag der Nachfrage bleibt also derselbe. Ein Beispiel wird die Richtigkeit dieser Lehre beweisen. Setzen wir ein Consument habe ein Einkommen von 880. Die Hälfte hiervon verwende er auf unentbehrliche Gebrauchsgüter, die wir 500 Brode nennen wollen, die andere Hälfte auf entbehrliche Verbrauchsgüter, die ich mit 500 Cigarren bezeichnen will. Nehmen wir ferner an die 500 Brode und die 500 Cigarren würden von je 500 Arbeitern producirt. Der Preis der 500 Brode beträgt 440, und ebensoviel der 500 Cigarren. 400 von diesen 440 erhalten die Bäcker als Lohn, und 40 der

Bäckermeister als Gewinn, also 10% von seinem Kapitale. Dasselbe Vertheilungsverhältniss findet statt bezüglich des Preises der Cigarren; 400 erhalten die Cigarrenarbeiter und 40 der Cigarrenfabrikant. Nun nehmen wir an, dass der Lohn der Bäcker um 100 steigt. Der Preis der Brode steigt demgemäss auf 550, wovon 500 Bäckerlohn und 50, d. h. 10% vom Kapitale Unternehmergeinn. Nun bleiben dem Consument C allerdings nur mehr 880—550 d. h. 330 für Cigarren. Dafür stehen aber den Bäckern 100 und dem Bäckermeister 10 mehr zu Gebote; um diesen Betrag vergrössert sich ihre Nachfrage, und die Gesamtnachfrage nach andern Produkten wie Brod, bleibt demnach unverändert; sie beträgt nach wie vor 440, und ebensoviel Arbeiter wie früher können desshalb zu demselben Lohne wie früher Beschäftigung finden.

Aber vielleicht lassen sich die ökonomischen Folgen einer Lohnsteigerung hier anschaulicher in Worten als in Zahlen erklären. Fragen wir zunächst, worin das Einkommen Jemandes besteht? Zunächst besteht es in einer Summe Geldes; eigentlich aber besteht es in der Summe von Gütern, auf die er die Geldsumme verwendet. Die Art dieser Güter ist je nach individuellen und Standesbedürfnissen verschieden. Im Ganzen wird das Geldeinkommen Jemandes stets in drei Theile zerfallen: in einen Theil, der auf unentbehrliche Güter, in einen zweiten, der auf entbehrliche Güter verwendet wird, und in einen dritten, der kapitalisirt wird. Steigt nun in Folge einer Lohnerhöhung der Preis der unentbehrlichen Güter, so kann zweierlei geschehen. Entweder der Consument verringert den Theil, den er auf entbehrliche Güter verwendet, d. h. er beschränkt seinen Verbrauch von Luxusgütern, oder er verringert den Theil, den er bisher kapitalisirte. Nehmen wir einmal an, er thue das erstere, was auch das Wahrscheinlichere ist, denn der Drang durch haushälterisches Verfahren die einmal errungene sociale Position aufrecht zu erhalten, nimmt zu, eine je höhere Position schon erreicht ist; zumal wird dieser Drang durch die Erwägung unterstützt, dass ein desto grösseres Vermögen nothwendig ist, je theurer das Leben wird. Also nehmen wir an, das was abnehme sei die Nachfrage nach entbehrlichen Gütern. Die Arbeiter, welche diese Güter bisher producirt, würden nun allerdings unter der abnehmenden Nachfrage leiden. Nur eine geringere Anzahl derselben könnten zu dem früheren Lohne in demselben Gewerbe beschäftigt werden. Allein dafür würde auf der andern Seite eine grössere Nachfrage nach Verbrauchsgütern der Arbeiter entstehen, und da die Unternehmer, wie Mill ganz richtig bemerkt, gar kein besonderes Interesse haben gerade

diesen oder jenen Gegenstand zu produciren, so würden sie nun ihre Kapitalien und ihre Arbeiter in der Herstellung dieser Verbrauchsgüter verwenden. In Folge der Lohnerhöhung in einem Gewerbe entstünde also keineswegs eine geringere Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften. Das Geldeinkommen der frühern Consumenten blieb dadurch ganz unverändert; allein diese müssten einen grössern Theil davon wie früher an gewisse Arbeiter abgeben, deren Geldeinkommen dadurch stiege; dadurch würde allerdings der Theil, ihres Geldeinkommens, den sie an die Arbeiter andrer Gewerbe abgeben könnten, verringert; aber das Geldeinkommen der letztern würde trotzdem nicht verringert; denn was sie von den frühern Consumenten weniger empfangen würden, würden sie von den Arbeitern, deren Lohn gestiegen ist, mehr erhalten. Dasjenige Einkommen der frühern Consumenten, das durch die Lohnerhöhung verringert werden würde, wäre ihr Sacheinkommen, und dagegen wäre das Sacheinkommen derjenigen Arbeiter, deren Lohn erhöht worden, gewachsen. Das Einzige, was erreicht worden, wäre demnach eine Veränderung des Sacheinkommens der verschiedenen Klassen der Gesellschaft, und eine dieser Aenderung entsprechende Veränderung der Production. An der Stelle von Luxusgütern würden Verbrauchsgüter der niedern Klassen hergestellt, oder das, was Senior den Lohnfond nannte, würde vermehrt.

Uebrigens kann die Abnahme der Consumption von Luxusgütern sich ebensogut auf eingeführte Fremdwaaaren, wie auf einheimische Produkte erstrecken. Selbstverständlich müsste dem Aufhören dieses Consums von Fremdwaaaren auch das Aufhören der Ausfuhr jener einheimischen Waaren entsprechen, welche bisher gegen jene Fremdwaaaren vertauscht wurden. Da wir nämlich nicht länger geneigt wären, das Aequivalent, das uns die fremden Producenten für unsere Waaren boten, zu nehmen, könnten diese auch unsere Waaren nicht länger beziehen. Allein unsere Volkswirtschaft würde darunter nicht leiden. An die Stelle des Consums ausländischer Luxusgüter durch Einheimische, und einheimischer Produkte durch Fremde, träte ein Consum der letztern seitens unserer höher gelohnten Arbeiter, und Reisende wie Arthur Russel Wallace würden nicht mehr finden, dass die Bewohner der Tropenländer, denen die Produkte unserer Arbeiter nur Luxusgüter sind, dieselben regelmässig eben so billig, ja billiger beziehen, wie unsere Arbeiter, welche derselben zum Leben nothwendig bedürfen³¹⁾.

31) Vgl. *The Malay Archipelago* by Arthur Russel Wallace. London 1869. vol. II. p. 271—275. Der berühmte Reisende schreibt: „Eine der erstaunlichsten

Gleichviel aber ob in Folge von Lohnsteigerungen und entsprechenden Preissteigerungen in den den nothwendigen Lebensbedürfnissen dienenden

Thatsachen, die mir auf Aru begegnete, war die ausserordentliche Wohlfeilheit aller Artikel europäischer oder inländischer Manufactur. Wir befanden uns hier zweitausend Meilen von Singapore und Batavia, welche selbst Stapelplätze des „fernen Ostens“ sind, an einem Platze, der von europäischen Händlern nicht besucht wird und ihnen beinahe unbekannt ist; jedes Ding gelangte zu uns durch zwei oder drei, oft durch noch viel mehr Hände; und doch konnte man englische Kaltune und amerikanische Baumwollentücher für 8 s. das Stück, Flinten für 15 s., gewöhnliche Scheeren und deutsche Messer für 1½ d. und andere Messerschmiedewaaren, Baumwollentücher und irdenes Geschirr zu mit diesen im Verhältniss stehenden Preisen kaufen. Die Eingeborenen dieses aus dem Wege liegenden Landes können in der That alle diese Dinge zu ungefähr demselben Geldpreise sich verschaffen, wie unsere Arbeiter zu Hause, eigentlich aber viel billiger, denn das Produkt der Arbeit weniger Stunden setzt den Wilden in Stand, im Ueberfluss zu kaufen, was für ihn Luxusartikel, während es für den Europäer zum Leben nothwendige Dinge sind. Der Barbar ist nicht glücklicher noch besser daran in Folge dieser Billigkeit. Im Gegentheil sie hat auf ihn einen höchst schädlichen Einfluss.“ (Folgt eine Schilderung desselben) . . . „Es ist nicht angenehm, sich Gedanken über diese Zustände zu überlassen. Wenigstens die Hälfte der ungeheuren Mengen uncivilisirter Völker, denen unser riesiges Manufactursystem, unser enormes Kapital und unsere intensive Konkurrenz die Produkte unserer Webstühle und Werkstätten aufzwingen, würden sich physisch nicht im Geringsten schlechter befinden und moralisch sicherlich viel gewinnen, wenn alle die Artikel, mit denen wir sie versehen, das Doppelte oder Dreifache ihres jetzigen Preises kosteten. Wenn gleichzeitig der Unterschied der Kosten oder ein grosser Theil desselben seinen Weg in die Taschen der producirenden Arbeiter finden könnte, so würden Tausende vom Mangel zur Behaglichkeit, vom Zustand des Verhungerns zur Gesundheit gelangen, und ein Hauptbeweggrund zum Verbrechen von ihnen fern gehalten werden.“ Einige Seiten weiter fährt Wallace dann fort: „Die Thatsache, welche zu diesen Bemerkungen geführt hat, ist sicherlich eine schlagende: dass in einem der entferntesten Winkel der Erde Wilde ihre Kleidung billiger kaufen können, als das Volk des Landes, in welchem sie fabricirt wird; dass das Kind des Webers im Winterfroste zittern und nicht im Stande sein soll, sich Dinge zu kaufen, welche die wilden Eingeborenen eines tropischen Klimas sich zu verschaffen vermögen, wo Kleidung nur Schmuck und Luxus ist, das sollte uns stutzig machen, ehe wir mit ungemischter Bewunderung das System betrachten, welches zu einem solchen Resultate geführt hat, und es sollte uns veranlassen, mit etwas Argwohn auf die weitere Ausdehnung dieses Systemes zu blicken.“ Gewiss ist Wallace in Recht mit diesen Bemerkungen. Im Unrecht dagegen scheint er mir sich zu befinden, wenn er die Schuld dieser Dinge dem Wachsen der Industrie bedingungslos zuschreibt. Die Preise mögen vielmehr immerhin sinken und die Produktion fortwährend wachsen: so lange dies nicht auf Kosten des Lohnes geschieht, haben die Arbeiter davon unzweifelhaft Vortheil. Wo aber die Produktion auf Kosten der Arbeiter zunimmt, zwingen die Fabrikanten sich selbst zur Entdeckung neuer Märkte in die Ferne zu schweifen, während, wenn die Kaufkraft der Massen entwickelt würde, wenn ihre Bedürfnisse mittelst der überströmenden Produkte ihrer

Gewerben der Consum von inländischen oder ausländischen Luxusgütern abnimmt, so haben auch die Arbeiter, welche bisher die inländischen Luxusgüter oder jene Güter zur Ausfuhr producirt, selbst wenn ihr eigener Lohn unverändert geblieben, Vorthail von diesen Veränderungen. Die Nachfrage nach Luxusgütern ist nämlich grössern Schwankungen unterworfen, der Absatz einheimischer Produkte nach Aussen zu ihrem Eintausch unsicherer, und die Produktion solcher Güter demnach viel grössern Krisen ausgesetzt, als die von Gütern, nach denen seitens der Masse des Volks eine regelmässige Nachfrage besteht.

Nun erwarte ich allerdings den Einwand, dass der Vorthail von Lohnerhöhungen den Arbeitern selbst durch die Preiserhöhung unentbehrlicher Güter illusorisch gemacht werde. Das Geldeinkommen der Arbeiter gehöre zu den Produktionskosten der Güter; steige dies Geldeinkommen so werde entsprechend dieser Steigerung der Preis jener Güter steigen, und die Arbeiter erhielten dadurch, dass sie als Consumenten grössere Preise zu zahlen gezwungen seien, für ihr grösseres Geldeinkommen nur dieselbe Summe von Sachgütern wie früher. Allein dieser Einwand wäre nur dann richtig, wenn es die Arbeiter allein wären, die jene unentbehrlichen Güter kauften, also wenn die erhöhten Löhne nur aus Arbeitereinkommen bezahlt würden. Allein Kapitalisten, Unternehmer, Grundbesitzer und Beamte müssen ja auch die höhern Preise der Güter bezahlen; das Kapitalisten-, Unternehmer-, Beamteneinkommen und die Bodenrente bezahlen mit an den höhern Löhnen der Arbeiter, und Alles was ihnen aus diesem Einkommen mehr wie früher bezahlt wird, ist für sie reiner Gewinn. Man vergegenwärtige sich nur, dass das Sacheinkommen der Kapitalisten, Unternehmer, Grundbesitzer und Beamte durch die Lohnsteigerung geringer wird, und dass da dieses Sacheinkommen kleiner wird, das Gesamteinkommen der Nation aber dasselbe bleibt, es nothwendig das Sacheinkommen der Arbeiter ist, welches wächst.

Arbeit befriedigt würden, ein viel sicherer und regelmässigerer Markt ganz nahe läge. Mag die Verkaufsfähigkeit der Fabrikanten sich dann hundertfältig vergrössern, so ersticken sie doch gleichzeitig ihre zukünftige Kundschaft im Keime, und als Resultat sehen wir zuletzt auf der einen Seite eine stets zunehmende Masse unverkäuflicher Produkte und auf der andern eine gleiche von darbenden Arbeitern und von unverkäuflicher Arbeit. Der Vergleich mit der Tödtung der Henne, welche die goldenen Eier legt, mit dem Thornton (Deutsche Ausg. S. 315) die Arbeiter vor Lohnsteigerungen auf Kosten des Gewinns warnt, kann mit mindestens ebensoviel Recht Fabrikanten entgegengehalten werden, welche auf Kosten des Lohns ihre Preise herabsetzen, um ihren Betrieb zu vergrössern!

Allein die Consumenten könnten auch, statt in Folge der höhern Preise der unentbehrlichen Güter ihren Consum von Luxusgütern zu beschränken, jene höhern Preise auf Kosten der Ersparnisse, die sie sonst gemacht haben würden, bestreiten. Wird dies, wie schon oben bemerkt, nun nicht wahrscheinlich und jedenfalls nur in geringerem Maasse als die Beschränkung im Verbrauch der Luxusgüter eintreten, so liesse sich doch auf Grund, dass dies überhaupt vorkommen könnte, der Einwand erheben, dass, wenn die Arbeiter auch augenblicklich von einer Lohnerhöhung Vortheile zögen, das durch sie hervorgerufene Schmälern des Einkommens der Reichen in bedeutendem Maasse das Fortschreiten der Kapitalisation, somit das Wachsen des Reichthums des Landes und somit die Zunahme des Einkommens hindere, aus dem die zukünftige Nachfrage nach Arbeit bestritten wird. Dadurch werde in der Zukunft die Nachfrage nach Arbeit geringer sein, als sie ohne die Lohnerhöhung gewesen wäre, und eine Lohnerhöhung habe demnach geringere Löhne für die Zukunft zur Folge, als ohne sie bezahlt werden würden.

Allein auch diese Annahme lässt ausser Acht, dass in dem Maasse, in dem das Einkommen der Reichen in Folge einer Lohnerhöhung geschmälert wird, das Einkommen der Arbeiter wächst. Nun ist es gewiss, dass die Arbeiter ihr erlangtes grösseres Einkommen zunächst auf Vergrösserung ihres Consumes verwenden werden. Auch ist dies nur wünschenswerth, besonders wenn der grössere Consum in der Form von edleren Genüssen auftritt, oder wenn der grössere Lohn auf Beschaffung gesünderer Nahrung oder Wohnung verwendet wird. Wie sehr Lohnsteigerungen diese beiden Wirkungen gehabt haben, ist Jedem bekannt, der gerade mit den Klassen der englischen Arbeiter vertraut ist, in denen solche Lohnsteigerungen stattfanden. Gerade was bessere Wohnungen angeht erinnere ich nur an die grosse Zunahme der englischen Arbeiterwohnungen, von den Arbeitern selbst mittelst Baugenossenschaften erbaut. Dabei ist gerade diese Zunahme ein Beleg dafür, dass die Nachfrage nach Produkten trotz Preissteigerung nicht nothwendig abnimmt, denn in keinem Gewerbe in England sind in letzterer Zeit die Lohnerhöhungen den Arbeitern besser geglückt als in den Baugewerken, und allzeit hatten die Consumenten in höhern Preisen diesen höhern Lohn zu bezahlen. Aber wenn die Arbeiter in Folge ihres grösseren Einkommens auch zunächst ihren Consum vergrössern, so pflegen sie doch auch einen Theil desselben zu kapitalisiren. Man denke nur an die englischen Distributiv- und Produktivgenossenschaften, welche aus solchen Kapitalisirungen entstanden, oder an die sehr

beträchtlichen Reservefonds, welche die englischen Arbeiter, die durch ihre Gewerkvereine Lohnerhöhungen erzielten, in ihren Friendly Societies und Trades Unions aufgesammelt haben. Die Vereinigten Maschinenbauer allein besaßen im Jahre 1866 einen Reservefond von L. 140,000, den 33,000 Mitglieder in 16 Jahren erspart hatten. Diese Reservefonds werden Banken übergeben und dienen so wieder zur Befruchtung der Industrie.

Indessen kann nicht geleugnet werden, das wenige Reiche, die grosse Einkommen beziehen, in grösserem Maasse kapitalisiren werden als viele Arbeiter mit nur genügendem Einkommen. Das was die Arbeiter auf sich persönlich verausgaben können ist eben im Verhältniss zu dem, was die Reichen auf ihre Person zu verwenden im Stande sind, noch einer unendlichen Ausdehnung fähig. Allein der ganze Einwand, ganz gleichgültig in welchem Maasse er begründet ist, dass eine Lohnerhöhung die zukünftige Nachfrage nach Arbeit verringere erscheint mir bedeutungslos, denn der einzige Nutzen, welchen eine grosse Nachfrage nach Arbeit für die Arbeiter hat, ist der, dass sie den Preis der Arbeit erhöht. Den Arbeitern aber zumuthen, doch ja nicht den Preis der Arbeit zu erhöhen, weil dies die Nachfrage verringern heisse, hiesse ihnen zumuthen, »einen Zweck einem Mittel zu opfern, dessen einziger Verdienst darin besteht, dass es zu demselben Zwecke führt«! (Thornton).

Fassen wir nun das Resultat dieser Untersuchung zusammen, so ergab sich zuerst dass es keinerlei abgegrenzten Fond der Unternehmer giebt, den diese, und zwar nicht mehr und nicht weniger als seinen Betrag, auf die Löhnung der Arbeiter verwenden können, dass also a priori keinerlei Unmöglichkeit besteht, in jedem gegebenen Augenblicke die Löhne zu steigern.

Eine solche Lohnsteigerung, sahen wir vielmehr, kann stattfinden auf Kosten des Unternehmers durch Minderung des Gewinns. Dies ist jedoch nur in einem Gewerbe möglich, in dem das Kapital sich so sehr geltend macht, dass ein grosser Kapitalist lieber in ihm thätig bliebe, als dass er ein anderes Geschäft anfinge, worin zwar der Reingewinn höher wäre, er jedoch der Möglichkeit entbehrte, ein so bedeutendes Kapital nutzbar zu machen.

Die Lohnsteigerung kann aber auch stattfinden auf Kosten des Consumenten, ein Fall, den Mill allerdings nur als Ausnahme für möglich hält. Prüft man jedoch diese sogenannten Ausnahmefälle, so bilden gerade diejenigen Gewerbe, in denen diese Möglichkeit besteht, nämlich diejenigen, welche sich einer Art lokalen und nationalen Monopols erfreuen, wie Thornton selbst hervorhob, die Regel. Hier bewirkt

sie eine Verminderung des sachlichen Einkommens der bisherigen Consumenten und eine ebenso grosse Vermehrung des sachlichen Einkommens der Arbeiter. Sie bewirkt eine Aenderung in der Art der Produktion, indem an die Stelle der Produktion von entbehrlichen Verbrauchsgütern eine grössere Produktion der unentbehrlicheren tritt. Indem der Arbeiter durch sie einen grössern Theil des Gesamteinkommens einer Nation erhält, bewirkt sie eine gleichmässigere Vertheilung dieses Einkommens unter deren sämtliche Mitglieder. In wiefern diese Wirkungen wünschenswerth sind, hat die abstrakte Volkswirtschaftslehre nicht zu beurtheilen. Hier galt es nur die ökonomischen Wirkungen einer Lohnsteigerung unter gewissen Voraussetzungen zu verfolgen, und nur das sei bemerkt, dass alle Wirthschaftslehrer seit dem Bestehen einer ökonomischen Wissenschaft hohe Sachlöhne und gleichmässige Vertheilung der Einkommen als die wirthschaftlich wünschenswerthesten Zustände eines Volkes bezeichneten.

Diese Resultate jedoch sind nur unter der bei dieser Untersuchung angenommenen Voraussetzung zutreffend, d. h. unter Annahme einer mit der Zunahme des Nationaleinkommens schritthaltende Zunahme der Bevölkerung. Wo die Bevölkerung schneller wächst als dieses Einkommen, ist klar, dass der Antheil des Einzelnen an demselben immerfort abnimmt. In wiefern aber jene Voraussetzung dieser Untersuchung mit der Wirklichkeit übereinstimmt, durch welche Mittel ihr Zutreffen zu erreichen wäre, ist eine Frage für sich, deren Beantwortung eine selbständige Abhandlung erfordern würde.
